

Wie wurden Roma nach dem Krieg verfolgt?

Sonderdienststellen der BRD nutzten Polizeiakten der Nazis. Vertreibung findet noch immer statt, mahnt Georgi Ivanov

Interview: Annuschka Zak

Rund 81 Jahre nach Kriegsende setzte der Bund am Montag eine Kommission zur Aufarbeitung der zweiten Verfolgung von Roma ein. Welche Art von Verfolgung gab es in der Bundesrepublik nach dem Genozid während des deutschen Faschismus?

Es hat mit Kriegsende nicht aufgehört, die Verfolgung und strukturelle Diskriminierung haben weiterhin stattgefunden – in allen Lebensbereichen: sowohl im Bereich Bildung als auch bei der medizinischen Versorgung. Besonders stark zeigte sich die Verfolgung durch Polizei und Justiz, sogenannte Sonderdienststellen nutzten die polizeilichen Akten der Nazis einfach weiter, um Sinti und Roma zu überwachen.

Warum kommt diese Art der staatlichen Verantwortungsübernahme erst so spät?

Erst sehr spät, genauer gesagt 1982, wurde der Völkermord an Sinti und Roma von der BRD anerkannt. Aus meiner Sicht hat der politische Wille gefehlt, diese Völkermorde als solche anzuerkennen und die eigene Schuld daran.

Viele Familien von ermordeten Juden konnten Reparationszahlungen beantragen. Roma nicht. In einem Urteil des Bundesgerichtshofs aus dem Jahr 1956 lehnten die Richter Entschädigungen für die vor dem Jahr 1943 deportierten Sinti und Roma ab. Dieses Urteil blockierte über Jahrzehnte hinweg die finanzielle »Wiedergutmachung« für Tausende Überlebende des Völkermords nach dem Bundesentschädigungsgesetz. Welche Auswirkungen hatte das auf die Überlebenden und ihre Angehörigen?

Die meisten Überlebenden haben nicht einen Cent Entschädigung bekommen. Das hatte große Auswirkungen, die weit über den finanziellen Schaden hinausgingen. Viele Menschen waren nicht mehr erwerbsfähig. Nicht nur gesundheitlich und körperlich, sondern auch mental. Viele konnten ihre deutsche Staatsangehörigkeit nicht nachweisen, weil bewusst verweigert wurde, die Staatsangehörigkeit wieder zurückzugeben oder anzuerkennen.

Die Überlebenden wurden allein gelassen, nicht nur mit den Traumata, die sie weiterhin erlebten, sondern auch mit finanziellen Unsicherheiten. Das hat sich auf die nächsten Generationen übertragen.

Die [Dokumentationsstelle Antiziganismus Dosta/MIA Berlin](#) veröffentlichte bereits ihren Jahresbericht für 2025. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 293 Vorfälle antiziganistischer Diskriminierung in Berlin erfasst - die höchste je dokumentierte Fallzahl. Welche Formen der Benachteiligung dauern bis heute an?

Im Rahmen unserer Dokumentationsstelle Antiziganismus in Berlin zeigt sich eine erschreckende Erkenntnis: Viele Formen der Diskriminierung sind nach wie vor Realität. Stigmatisierung, die antiziganistischen Ausschlüsse, erkennen wir in allen Lebensbereichen. Die meisten dokumentierten Vorfälle ereigneten sich in den Lebensbereichen Alltag und öffentlicher Raum mit 66 Fällen, Bildung mit 60 Fällen sowie Kontakt zu Behörden mit 42 Fällen. Die Kontinuität darin, gerade angesichts der politischen Entwicklungen, macht uns besonders Angst.

Die Kommission möchte historisches Unrecht aufarbeiten. Was kann dies gegen behördliche und institutionelle Diffamierung heute bringen?

Die Aufarbeitung könnte zumindest das Bewusstsein über die Kontinuität der Verfolgung fördern sowie Staat, Behörden und Ämter in die Verantwortung nehmen, diese zu beenden.

Welche Formen der Benachteiligung begegnen Ihnen in Ihrer beratenden Tätigkeit?

Ich hatte eine telefonische Anfrage von einer Sinteza, die als einzige in ihrer Familie nicht die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen hat und offiziell staatenlos ist. Der deutsche Staat weigerte sich, ihr die Staatsangehörigkeit zu geben, und wollte sie nach Polen abschieben. Niemand weiß, warum ausgerechnet nach Polen, sie hat weder Angehörige dort noch sonstige Verbindungen.

Ansonsten haben wir heute noch mit Vertreibungen zu tun, besonders hart trifft das obdach- und wohnungslose Menschen. Es gibt sehr viele europäische zugewanderte Roma hier in Berlin, die von jeglicher Unterstützung ausgeschlossen sind und daher draußen übernachten. Diese Menschen erleben immer noch restriktive Maßnahmen durch Ordnungsbehörden. Wir sprechen von einer Vertreibung, die kontinuierlich stattfindet.

Georgi Ivanov ist Vorstandsmitglied bei Amaro Foro e. V. und Leiter der Anlauf- und Beratungsstelle des Vereins

<https://www.jungewelt.de/artikel/525839.antiziganismus-in-der-brd-wie-wurden-roma-nach-dem-krieg-verfolgt.html>